

„Verschmutzung muss geahndet werden“

BM
08.05.12

WERMELSKIRCHEN (BM) Soziale Kontrolle durch die Bürgerschaft, aber auch eine Kontrolle durch Polizei, Ordnungsamt oder/und Stadtwacht: Das müsse laut Henning Rehse (WNKUWG) auch in Wermelskirchen erfolgen, um die Verschmutzung der Innenstadt in den Griff zu bekommen. So reagiert Rehse als Mitglied im Arbeitskreis saubere Stadt auf die BM-Berichtserstattung vom Samstag. Seiner Ansicht nach mache der Bericht „Verdrecktes Pflaster: Kein Spezialmörtel für Wege“ in eindrucksvoller Weise das Dilemma deutlich, in dem Wermelskirchen stecke.

Da gebe es erstens unangenehme Zeitgenossen, die die Stadt auf vielfältige Art und Weise verschmutzen und Einrichtungen beschädigen. Anlieger seien nicht in der Lage beziehungsweise sei ihnen nicht zuzumuten, permanent den Dreck Anderer zu beseitigen. Außerdem seien technische Lösungen wie das Verfugen nicht bezahlbar. „Deshalb müssen wir uns des Problems annehmen, dass Menschen unsere Stadt verschmutzen“, so der Politiker.

Eigentlich gebe es im Ortsrecht mindestens drei Satzungen, die sich mit Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit beschäftigen. „Würden sie angewandt und Verstöße gegen sie verfolgt und geahndet, würde unsere Stadt wie ein Puppenstübchen aussehen“, meinte er. Das Gegenteil sei aber der Fall: Hundekot, Abfall, zerbrochene Flaschen, wildes Plakatieren, Vandalismus und Randalen. Nichts werde



Die **Spezialverfugung** schützt vor Dreck – ist aber sehr teuer. FOTO: STADT

geahndet. „Es ist einfach kein Personal vorhanden. Damit gibt es für Täter keinerlei Druck, dass ihr Fehlverhalten entdeckt, verfolgt oder geahndet wird“, heißt es in einer Mitteilung des Politikers. Lediglich Falschfahrer würden „mit Hingabe abgearbeitet“. Aber es sei „einfacher, anonym ein Knöllchen zu verteilen, statt sich Auge in Auge mit einem Verschmutzer zu beschäftigen“.

Im Süden der Republik gebe es Städte, die sähen aus „wie geleckt“. Da funktionieren die soziale

Kontrolle, aber auch die von Polizei und Ordnungsamt. „In diesen Städten herrsche eben ein Klima, dass man seine Stadt nicht verunreinige, dort würden Verstöße aber auch geahndet. „Solch ein Klima muss auch ein Wermelskirchen aufgebaut werden“, fordert er Rat, Verwaltung und Bürgerschaft zum gemeinsamen Handeln auf.

„Es gibt für Täter keinerlei Druck, dass ihr Fehlverhalten geahndet wird“

DIENSTAG 15. MAI 2012

KOMPAKT

U3-Plätze: Gespräch beim LVR vermittelt

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Der Stadtrat hat einen Vorratsbeschluss gefasst, damit die Finanzierung fehlender U3-Plätze gesichert wird. Dies wäre eigentlich Aufgabe des Landes, doch bisher gibt es noch keine Förderzusage. Mit dieser Entscheidung hilft die Stadt den Eltern, die dringend auf diese Plätze warten (BM berichtete). Der Fraktionsvorsitzende der WNKUWG, Henning Rehse, weist nun darauf hin, dass er als Mitglied der Landschaftsversammlung ein Gespräch zwischen dem zuständigen Dezernenten Jürgen Graef und dem Landschaftsverband Rheinland (LVR) vermittelt habe und auch in seinem Beisein geführt wurde. Das habe dazu beigetragen, dass diese „Dinge jetzt vorangehen“.

BM 14.05.

Betonringe: Stadt bepflanzt, Bürger pflegen

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Der Behelfskreisverkehr mit Betonringen als Abgrenzung im Kreuzungsbereich Berliner-/Mozartstraße ist zum Dauerzustand geworden. Eine Änderung – auch angesichts der Finanzlage der Stadt – ist nicht in Sicht. Die von Kindern bemalten und einst von der Stadt bepflanzten und einstmals von der Stadt bepflanzten Betonringe sind eigentlich mehr zu Abfalleimern verkommen. Denn niemand hat die Bepflanzung gepflegt. Das ändert sich jetzt. Bürger hatten die WNKUWG-Stadtverordneten angesprochen. Und die Stadtverwaltung zeigte sich nach Gesprächen flexibel: Sie reinigte die Betonringe und wird sie mit Bodendeckern aus der Berufsschulstraße neu bepflanzen. Die Patenschaft über diese Ringe haben Bewohner des Viertels übernommen. Sie werden sie, so Fraktionsvorsitzender Henning Rehse gestern, auch regelmäßig gießen. Das sei, so Volker Niemz vom Bauhof, eigentlich das Wichtigste: „Wir haben dort bislang nichts Neues gepflanzt, weil wir den Pflegeaufwand nicht wahrnehmen konnten.“ Er freute sich jetzt darüber, dass sich Paten gefunden haben.

FRAGE DES TAGES

BM 14.05.12

Freibad: Rehse lobt Ehrenamtler

WERMELSKIRCHEN (ser) Ein großes Lob spricht Henning Rehse, Fraktionsvorsitzender der WNKUWG, den Ehrenamtlern des Freibadfördervereins und den zahlreichen Spendern aus, dass es möglich wird, das Freibad Dabringhausen zu erhalten und in diesem Jahr wieder zu eröffnen. „Ich hätte mir das kaum träumen lassen, als ich vor Weihnachten vergangenes Jahr mehr aus dem Bauch heraus gegen die ‚Auf-Zuruf-Aufgabe‘ des Freibades kurz nach der Sitzung des Ältestenrates rebelliert und die Spendensammlung angeregt habe“, sagt Rehse. Dass das Bad jetzt doch öffnet, zeige, dass man gemeinsam auch den durch die unverschuldete finanzielle Situation der Stadt drohenden Kahlschlag verhindern könne.

Die Politik könne dabei aber nur Rahmenbedingungen setzen, wie sie es durch ihren Ratsbeschluss hinsichtlich des städtischen Zuschusses von 100 000 Euro für das Bad in 2012 und 75 000 Euro in den Folgejahren getan habe. Rehse: „Wir freuen uns auf die Freibadsaison 2012, aber auch für die Folgejahre muss ein nachhaltiges Konzept erarbeitet werden, damit der diesjährige Kraftakt keine ‚Ein-Jahres-Fliege‘ ist.“ Es müssten sich noch mehr Wermelskirchener Bürger bewusst werden, „dass das Freibad Dabringhausen unser aller und unser einziges Wermelskirchener Freibad ist und wir uns alle dafür einsetzen müssen“, betont Rehse.

Grünpflege ist „armselig“

BM
25.05.17

Henning Rehse wirft der **Stadtverwaltung** vor, sich in den vergangenen vier Jahren zurück entwickelt zu haben. Denn 2008 habe man ein **Grünflächeninformationssystem** beschlossen. Bis heute geben es **keine Informationen**.

VON UDO TEIFEL

WERMELSKIRCHEN Die Diskussion über die „privilegierte Grünflächenpflege“ nimmt nach der gestrigen Berichterstattung in der Bergischen Morgenpost richtig an Fahrt auf. Der WNKUWG-Fraktionsvorsitzende Henning Rehse hat dem zuständigen Beigeordneten Dr. André Benedict Prusa eine gepfefferte Mail geschickt. Darin wirft er der Stadtverwaltung vor, vor vier Jahren Zugesagtes nicht umzusetzen. Denn 2008 wurde mit der Erfassung von Grünflächen für das Grünflächeninformationssystem begonnen. „Was hat die Verwaltung denn in den vergangenen vier Jahren getan?“, fragt Rehse.

Im Januar hatte die WNKUWG den Antrag gestellt, die Verwaltung möge das Grünflächenkataster beziehungsweise den Stand des Erarbeiteten vorstellen. Denn es sollte, so wollte es die Fraktion, ein Konzept zur Grünpflege erarbeitet werden. Darin sollten die personellen und finanziellen Ressourcen gebündelt werden. Doch die Stadt verkündete, dass sie kein Kataster auflegen werde – aus finanziellen Gründen. Deshalb sei eine „privilegierte Grünpflege“ geplant – um die touristische Aufenthaltsqualität zu garantieren. Über Kosten könne nichts gesagt werden. Kein Wort fiel über das Grünflächeninformationssystem (GRIS).

Nutzen-Kostenanalyse

Das war 2008 auf den Weg gebracht worden und beschreibt detailliert die Vorgehensweise zur Einführung. Erfasst werden sollten Straßenbegleitgrün, Grünflächen



Die **Pflege** der sogenannten „**Baumscheiben**“ dürfte auch ein Teil der Grünflächenpflege in der Innenstadt sein.

BM-ARCHIVFOTO: TEIFEL

auf städtischen Liegenschaften und ein Baumkataster. 2009 sollte es in Teilbereichen abgeschlossen sein. Ziel war, ein Grünflächenmanagement einzuführen, um daraus eine Nutzen-Kostenanalyse abzuleiten.

Nichts anderes will die WNKUWG. Rehse meinte, die Präsentation der Verwaltung am Montag sein „ein Meisterstück“ gewesen: „Wie ist es möglich, dass sich die Stadt innerhalb von vier Jahren

INFO

Erfassung

Städtische Grünflächen 30 Prozent sind digitalisiert und katalogisiert.

Straßenbegleitgrün 1200 Einzelbeete/Baumscheiben sowie 2200 Parzellen als Straßenrandgrün sind erfasst. Über 1000 Bilder liegen in der Datenbank vor. 2009 sollte die Erfassung der Straßendatenbank abgeschlossen sein.

Baumkataster 60 Prozent der Bäume sind erfasst.

(Stand: 26. September 2008, Quelle: GRIS)

so zurück entwickelt hat?“ Der Hinweis auf die finanzielle Situation gelte frühestens ab 2011. „Was ist denn 2009 und 2010 passiert?“

Die Verwaltung, so der Politiker, sollte auf der Basis des Grünflächeninformationssystems die Kosten für die Grünflächenpflege ermitteln. „Das sollte dem Rat zur Entscheidung vorgelegt werden.“ Damit wäre auch die Verantwortung für den Zustand der Grünflächen von der Verwaltung auf die Politik übertragen worden: „Wer das Geld für die Pflege nicht bereitstellt, kann später auch das Erscheinungsbild der Anlagen nicht kritisieren“, gibt er der Verwaltung jene Steilvorlage – die sie aber nicht genutzt hat.

Erst nach dem Fraktions-Antrag habe sich die Verwaltung bewegt – „aber die Präsentation ohne schriftliche Vorlage ist genauso armselig, wie sich das Stadtbild mit den meisten Grünanlagen darstellt“, so Rehse.

KOMPAKT

BM 29.05.17

Fastfood in Hüngrer: WNKUWG unterstützt zweites Restaurant

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Die WNKUWG-Fraktion unterstützt die mögliche Ansiedlung einer zweiten Fastfood-Filiale in Hüngrer (BM berichtete exklusiv). Das geht aus einem Antrag an den Fachausschuss hervor. Danach soll der Ausschuss die Verwaltung beauftragen, das Projekt positiv und fördernd zu begleiten und zu entscheiden. Außerdem soll der Ausschuss die Verwaltung beauftragen, regelmäßig über den Fortgang des Projektes in Hüngrer zu berichten, damit „kein Informationsvakuum wie bei der Ansiedlung von McDonald's“ entstehe, so Fraktionsvorsitzender Henning Rehse. Außerdem fordert die Fraktion den Bau eines Kreisverkehrs.

Fastfood nur mit einem Kreisel

W&A
30.05.17

HÜNGER Interesse an zweitem Imbiss.

Von Thomas Wintgen

„Sicher in der engeren Wahl, aber den genauen Stand der Dinge wissen wir wegen der Pfingst-Feiertage aktuell nicht.“ Volker Herminghaus (Grimberg & Herminghaus) war am Dienstag selber gerade nicht auf dem allerneusten Stand in Sachen Handelseinigkeit mit einem Wettbewerber von McDonald's.

Herminghaus („Ja, das ist richtig“) bestätigte gleichzeitig, dass McDonald's mit ihnen - „weit vor den Verhandlungen am Kreisverkehr UPA 1“ - in Kontakt gestanden habe. Die Standort-Erfahrungen anderenorts beweisen, dass es nicht selten passiert, dass Burger King oder auch Kentucky Fried Chicken (KFC) Filialen platzieren, wo sich der bekannte Wettbewerber niedergelassen hat. James W. McLamore und David Edgerton haben Burger King 1954 in Miami (USA) gegründet; 1976 machte die erste Filiale am Berliner Kuddamm auf; heute betreiben 170 Franchise-Nehmer gut 680 Filialen. WNK-UWG-Fraktionsvorsitzender Hen-

ning Rehse hat gestern von Moskau aus den Antrag ans Rathaus geschickt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung in seiner nächsten Sitzung das Thema „Fastfood-Filiale in Hüngrer“ auf die Tagesordnung setzen solle.

Die Stadtverwaltung solle hier „einen Bericht über den aktuellen Stand der Dinge geben. Weiter möge der Ausschuss beschließen, erstens dem Projekt positiv gegenüber zu stehen und die Verwaltung beauftragen, es positiv zu begleiten, und zu entscheiden, zweitens die Verwaltung zu beauftragen, regelmäßig über den Fortgang im Ausschuss zu berichten, damit ein 'Informations-Vakuum' wie im Falle der Ansiedlung von 'McDonald's' vermieden“ werde.

Drittens solle jedwede die Fahrzeugfrequenz in diesem Bereich erhöhende Maßnahme den Umbau des Knotens Hüngrer / Auffahrt Köln / Zufahrt Tankstelle, der bereits eine schwierige Situation darstellt, in einen Kreisverkehr analog zum Knoten Burger Straße / BAB-Auffahrt Dortmund einschließen.